

Presseschau 17.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol

Ukraine allgemein / Russland:

- Russland hat den USA und der EU vorgeschlagen, eine Gruppe für die Unterstützung der Ukraine zu bilden, deren Zusammensetzung für alle politischen Kräfte der Ukraine akzeptabel wäre, heißt es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums.
Moskau glaubt, dass die Ukrainer zur Umsetzung vorrangiger Handlungen gefördert werden sollen, um die tiefe Krise des ukrainischen Staates zu überwinden. Eine der Handlungen ist, unverzüglich eine **Verfassungsversammlung, in der alle ukrainischen Regionen gleich vertreten wären, für die Vorbereitung einer neuen föderativen Verfassung** einzuberufen. Dieser Punkt soll eine der Ziele der Unterstützungsgruppe werden.
- Die BRD sprach sich gegen diesen Vorschlag Moskaus aus.
- Der russische KAMAS-Konzern berichtet vom Raub von 43 LKW auf ukrainischem Territorium durch Bewaffnete, die sich als „Selbstverteidiger des Maidan“ bezeichneten. Zudem fürchtet der Konzern, dass aus den Lagerbeständen im Zwischenlager Tschernigow weitere 150 Fahrzeuge entwendet worden sein könnten.
- Der Rada-Abgeordnete und Radikale Ljaschko schlug vor, die Kosten für den Transit des russischen Gases über ukrainisches Territorium zu verzehnfachen.
- Die Ukraine holt ihren Botschafter aus Russland zurück.
- Der russische Markt beginnt sich nach der Entscheidung der Krim zu stabilisieren.
- Angesichts der pro-russischen Proteste im Osten und Süden des Landes hat das Parlament der Ukraine (Oberste Rada) eine Erhöhung der Militärausgaben beschlossen. Laut Regierungschef Arsenij Jazenjuk soll das zusätzliche Geld für die Armee durch eine Kürzung von Sozialprogrammen aufgebracht werden.
- Die „Partei der Regionen“ in Kiew forderte die Aufklärung des Scharfschützeneinsatzes gegen Demonstranten im Februar.

Krim:

- Beim Referendum über den Status der Krim haben 96,77 Prozent der Bewohner für die Wiedervereinigung mit Russland abgestimmt, teilte Leiter der Referendum-Kommission Michail Malyschew mit.
„Die Zahl der Stimmen für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland beträgt 1.233.002 Menschen bzw. 96,77 Prozent“, so Malyschew nach Abschluss des Referendums. 2,51 Prozent sprachen sich für die Erweiterung der Autonomie im Bestand der Ukraine aus. Als ungültig wurden 0,72 Prozent der Stimmzettel

anerkannt.

- Die Republik Krim hat sich an die Uno und die ganze Welt mit der Bitte um die Anerkennung des Staates gewandt.
„Die Republik Krim will ihre Beziehungen mit anderen Staaten auf Prinzipien von Gleichheit, Frieden, guter Nachbarschaft und anderen außenpolitischen Prinzipien aufbauen. Die Republik Krim wendet sich an die Vereinten Nationen und an alle Staaten der Welt um die Anerkennung des Staates, der von den Krim-Völkern gegründet wurde“, heißt es in der Botschaft.
- Die Krim hat den Rubel als offizielle Währung eingeführt. Die ukrainische Griwna bleibt bis 2016 parallel dazu ebenfalls offizielles Zahlungsmittel.

Süd-Ostukraine:

- In Donezk will die Regionalregierung stärker für Recht und Ordnung sorgen. Dafür wird es personelle Änderungen geben. Jeder Gesetzesbruch soll entsprechend bestraft werden.
Die russische Sprache jedoch soll als Regionalsprache weiter zugelassen sein.
- Auch in Odessa begann heute die Rekrutierung für die Nationalgarde.